

UNSERE STADT

KOBLENZ

Die unendliche Geschichte von KLIMA- und UMWELTSCHUTZ

Die Schwierigkeiten einer Vergangenheitsbewältigung

**Die Folgen einer unrealen Stadtpolitik - deren fehlende
Transparenz, Einsicht sowie der Fähigkeit, zukunftsorientiert
und kurzfristig handlungsfähig zu agieren.**

=====

Es geht NICHT darum, die Zukunft vorherzusagen, sondern darauf vorbereitet zu sein.

Und genau das hat die STADTPOLITIK über Jahrzehnte wissentlich versäumt und ignoriert – nämlich auf die Zukunft vorbereitet zu sein, was KLIMA- und UMWELTSCHUTZ betrifft und das in einem Ausmaß, dessen Umfang sie jetzt unvorbereitet trifft, sie zu kurzfristigen Handlungen zwingen müsste, die aber einmal auf Grund ihrer Vielfältigkeit und aus anderen Gründen (vor allem in finanzieller Hinsicht), zumindest in absehbarer Zeit, nicht möglich sind.

Keiner kann heute sagen, dass er nicht gewusst habe, dass das KLIMA als unmittelbare Lebensgrundlage (nicht nur) des Menschen eine herausragende Bedeutung im Leistungsgefüge des Naturhaushaltes einnimmt und was diese Bedeutung im Hinblick auf klimatische Funktionen ausmacht:

Bioklimatische-, klimatische Ausgleichs- und lufthygienische Funktion.

Um hier nur einige „Versprechen“ zu nennen, so hat sich die STADTPOLITIK, der schon zum damaligen Zeitpunkt (bis dato) im STADTRAT vertretene Ratsmitglieder auch schon angehört haben, im Jahr „2008“ ein klimapolitisches Ziel gesetzt, was erneuerbare Energien betrifft.

Ein weiteres Ziel, als sogen. KLIMA-BÜNDNIS-MITGLIED, CO2-Einsparungen in den nächsten „10 Jahren“ zu erreichen.

Was ist daraus geworden – NIX, außer, dass mal wieder Jahre der Untätigkeit vergangen sind, wo man den Fokus auf andere Dinge gerichtet hat.

Als Hohn empfinde ich, wenn die Stadtpolitik von sich behauptet, dass neben einer „Festlegung von Zielen“ (die NICHT erreicht wurden) sich KLIMASCHUTZAKTIVITÄTEN in KOBLENZ schon „seit vielen Jahren“ finden.

WO sollen diese sein? – wohlweislich AKTIVITÄTEN, die in Sachen KLIMA-/UMWELTSCHUTZ „zukunftsorientiert“ waren/sind.

KOBLENZ ist bereits „1997“ dem KLIMA-BÜNDNIS beigetreten.

Jetzt haben wir „2019“ – es sind sage und schreibe „22 JAHRE“ vergangen – WAS wurde in diesen 22 Jahren „zukunftsorientiert“ für KLIMA-/UMWELTSCHUTZ getan?

„1998“ wurde von der STADTPOLITIK die ERARBEITUNG einer „Lokalen AGENDA 21 für KOBLENZ“ beschlossen, welche zum Ziel haben sollte, die LEBENSGRUNDLAGEN im Bereich Soziales, Wirtschaft und UMWELT zu „sichern“.

WIRTSCHAFT „JA“ – Umwelt „NEIN“.

Lokale-AGENDA 21 KOBLENZ betrifft auch z.B. ein Projekt „Mehr als nur GRÜN“ ... ZIEL: Impulse für die Gestaltung von privaten und öffentlichen Grünflächen zu geben, um der ARTENVIelfALT entgegen zu wirken – INSPIRIEREN neue Wege zu gehen etc..

NACHHALTIGKEIT – ZUKUNFTSFÄHIGKEIT sollte der „Schlüsselbegriff“ sein.

Hat sich etwas im Hinblick auf ZUKUNFT positiv bewegt? NEIN.

Auch wurde in KOBLENZ Ende „2013“ ein KLIMASCHUTZ-VEREIN gegründet mit namhaften Mitgliedern/Unternehmen wie z.B.

Bau- und EnergieNetzwerk

ENERGIEVERSORGUNG Mittelrhein AG

KOBLENZER WOHNBAU

STADT KOBLENZ

STADTWERKE KOBLENZ GmbH

SPARKASSE KOBLENZ

Institutionen, in deren Vorständen/Aufsichtsräten zwar RATSMITGLIEDER (seit JAHRZEHNTEN) sitzen, deren Sinn und Zweck sich mir NICHT erschließt, außer, dass diese dafür honoriert werden ... Volksvertreter, die sich nicht zu schade dafür sind immer wieder darauf hinzuweisen, dass

KLIMA-/UMWELTSCHUTZ ein „wichtiges und aktuelles THEMA in unserer Gesellschaft“ ist (ein mehr als überflüssiger Hinweis angesichts Ihrer eigenen Versäumnisse vergangener Jahrzehnte).

Hingewiesen wird seitens der BUNDESREGIERUNG immer darauf, dass die KOMMUNEN beim KLIMASCHUTZ eine „bedeutende“ Rolle spielen.

Ich frage mich nur „WELCHE“?

Angeblich nach dem Slogan: "GLOBAL denken – LOKAL handeln" sollen (oder werden?) alle „konkreten“ AKTIVITÄTEN (WELCHE denn?) von AKTEUREN vor ORT (???) entwickelt und gestaltet (???).

Interessant der HINWEIS ... lokale Maßnahmen zum KLIMASCHUTZ ergreifen in vielfältiger Art und Weise (hierzu wird doch wohl nicht der AUSBAU z.B. der WALDÖKO-STATION REMSTECKEN gehören ... oder doch? ... wenn ja, ein wirklich intensiver und weitreichender, vor allem „wirkungsvoller“ KLIMASCHUTZ, der uns jedoch in der Sache nicht weiter bringt.

Auch interessant, dass sich die Kommunen wie z.B. KOBLENZ „derzeit“ verschiedene Ziele setzen.

ZIELE sind immer gut, vor allem, wenn sie bis zum Jahre 2030 oder sogar 2050 gesteckt sind ... denn solche Ziele hat man bereits in den „90igern“ ins Auge gefasst ... nur daraus geworden ist bis heute NIX !!!

Das KLIMA-BÜNDNIS, dem ja auch KOBLENZ seit 1997 angehört, hat/hatte sich zum ZIEL gesetzt, die „CO2-Emissionen alle 5 Jahre um 10% zu reduzieren“ !!! ... geworden ist daraus ... NIX !!!

LANGFRISTIG ist man jetzt schon dabei, „maximal 2,5 TONNEN CO2 pro Einwohner einzusparen“.

Und wenn es mehr sein sollte? ... Schlimm?

KOBLENZ hat sich auch bereits im „JAHRE 2008 ein klimapolitisches ZIEL gesetzt – im Hinblick auf CO2“ ... es sind zwar erst „11 Jahre“ vergangen, aber man hat wohl das ZIEL „irgendwie aus den Augen verloren“ ... wie so manch anderes Ziel ebenfalls.

Im „Jahr 2001“ wurde ein „erstes KLIMASCHUTZKONZEPT“ für KOBLENZ in Auftrag gegeben (übrigens ein teurer Spaß, der vom STEUERZAHLER finanziert wird), erarbeitet vom ifeu (Institut für Energie- und Umweltforschung).

Es ist NICHT das Einzige geblieben.

Wie man lesen kann, wurden bereits „eine VIELZAHL der hier erarbeitenden Maßnahmen umgesetzt ... „oder angegangen“ - anscheinend eine Auslegungssache.

Weiter zu erlesen, dass die STADT KOBLENZ ihre KLIMASCHUTZAKTIVITÄTEN „weiter forcieren“ möchte und deshalb gleich „ein zweites Klmaschutzkonzept in Auftrag gegeben hat“, das die neuesten klimapolitischen und technologischen Entwicklungen berücksichtigt.

Ich weiß ja, das sowohl die klimapolitische wie auch technische „Entwicklung“ fortschreitet, aber ...

FRAGE: „WARUM war das erste Konzept nicht ausreichend?

Wer sich nun fragt, WARUM? Diese Frage beantwortet sich von selbst ... vielleicht für manch einen unverständlich ... aber das 1.Konzept sollte nur dazu dienen, „neue Maßnahmen aufzuzeigen oder bestehende Maßnahmen weiterzuentwickeln“ !!!

Es sollte auch nur als „LEITFADEN“ für die nächsten „10 Jahre“ gelten um „selbst gesteckte ZIELE zu unterstützen bzw. zu erreichen“.

Also teuer erkauftes FREMDWISSEN, um unzureichend vorhandenes eigenes Wissen zu kompensieren, um es überhaupt zielgerichtet umsetzen zu können.

FRAGE: Hat die STADT keine eigenen Fachkräfte/Spezialisten ?

Das vom ifeu für die STADT erarbeitete Klmaschutzkonzept – ENDBERICHT MÄRZ 2011 – gibt weiter Auskunft darüber, wie fortschreitender KLIMAWANDEL politisch völlig unzureichend gehändelt wird.

Ein sogenanntes TREND-Szenario (eine für die vorherrschende Dringlichkeitsstufe völlig deplazierte Bezeichnung) zeigt auf, dass zukünftig aufgrund von geringeren Einwohnerzahlen sowie des Rückgangs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Koblenz insgesamt weniger Energie verbraucht wird/würde „und damit 7% weniger CO2 emittiert wird“.

Im KLIMA-SZENARIO kommt es insgesamt zu einer CO2-Minderung von 22% (ca.250 000 Tonnen) im Jahr „2020“ gegenüber „2008“.

Was die WIRKLICHKEIT betrifft, so konnte man sich von einer solchen Wunschvorstellung bereits, reales Denken vorausgesetzt, im Jahre „2011“ verabschieden, das Jahr, in dem der ENDBERICHT erarbeitet wurde.

Für solche KLIMA- und UMWELTSCHUTZ-Spielchen wird von der STADT sehr viel Geld aus dem Fenster geworfen, was anscheinend niemanden in der STADTPOLITIK zu interessieren scheint.

Berücksichtigung bei diesen völlig aus dem Zusammenhang gerissenen politisch trendigen Sandkastenspielen dürfte die Tatsache nicht gefunden haben, dass die STADTPOLITIK die Hauptrolle in einem anderen Theaterstück forciert – nämlich dem der WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG und damit einer gleichzeitigen Festigung/Stabilisierung von KOBLENZ als WIRTSCHAFTSSTANDORT = mehr Arbeitsplätze = mehr Menschen = mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte = mehr Verkehr = eine höhere ARBEITSPLATZ- und VERKEHRSDICHE = höherer Verbrauch von RESSOURCEN.

KOBLENZ hat in diesem Zusammenhang als TOURISTEN-STADT (oder Magnet, wie es gerne die Politik formuliert) bis „JULI 2019“ die „700 000er- Marke“ geknackt.

Gut für die STADT – weniger gut für KLIMA und UMWELT.

Der sogenannte Maßnahmenkatalog der STADT KOBLENZ ist so umfangreich, dass man fast schon wieder den Überblick verliert.

Wenn ich lese (auszugsweise) ...

Übergreifende Maßnahmen - Klimaschutzcontrolling

Klimaschutz in der STADTPLANUNG

Maßnahmen INDUSTRIE/GEWERBE – Ökoprofit

Klimafreundliche GEWERBEGEBIETE

Klimafreundliches Beschaffungswesen

Maßnahmen STADTVERWALTUNG – Zentrales GeBAÜDEMANAGEMENT

**Förderung ämterübergreifender
Zusammenarbeit**

**Maßnahmen ENERGIEVERSORGUNG – Energiedienstleistung als Zukunfts-
Chance**

Maßnahmen VERKEHR – Integrierter VERKEHRSENTWICKLUNGSPLAN

mit KLIMAZIELEN u.Indikatoren

Aufbau einer regionalen VERKEHRSPLANUNG

**Integrierte RADVERKEHRSSTRATEGIE mit
„eigenem Budget“**

**Zukunftsfähige VERKEHRSPLANUNG durch Be-
teiligung von „Kindern“**

d a n n ...

**ist es genau das, was UNSERE STADT und damit UNSERE STADTPOLITIK
auszeichnet ...**

**die Gabe, sich in ihrem Aufgabenbereich so zu verstricken, in dem man sich
einen Maßnahmenkatalog auferlegt, der in seiner Folge GREMIEN,
AUSSCHÜSSE, VEREINE etc. nach sich zieht (deren Arbeit gebündelt und zu
kontrollieren ist) letzten Endes für eine Unübersichtlichkeit sorgt, die fast
jede sinnvolle Maßnahme im Keim erstickt.**

**Der ganze bürokratische Wahnsinn, der UNSERE STADT und die
STADTPOLITIK/VERWALTUNG so fest im Griff hat, dass ihre sprichwörtliche
UNBEWEGLICHKEIT (vor allem kurzfristig) mittlerweile ein fester Bestand ist.**

**Das, was übrig bleibt, sind sich wiederholende PAROLEN ohne konkrete
Grundlage und Wahrheitsgehalt ... z.B.**

„KOBLENZ macht mit: KLIMASCHUTZ konkret,“

alleine in der Wortwahl „konkret“ sich selbst entlarvend als „unreal, unbeweglich, selbstüberschätzend und über den Ernst der Thematik hinwegtäuschend.

Da wurde ein sechswöchiges PROJEKT im Jahre „2003“ (selbstverständlich durch einen „externen“ Dienstleister) unter vorgenanntem Motto durchgeführt mit dem ZIEL, einerseits die Mitarbeiter (RATHAUS I/II, BÜRGERAMT, VERWALTUNGSHOCHHAUS Schängel-Center) SACHLICH zum Thema ENERGIE zu informieren u. andererseits zum ENERGIESPAREN zu motivieren !!!

GEHT`S noch ? WAS bringt das?

ÜBRIGENS ...

Positive ERGEBNISSE während des Projektzeitraumes beim z.B. STROMVERBRAUCH/STROMEINSPARUNGEN konnten NICHT verzeichnet werden ... 6 Wochen für „die Katz“.

WEITERE unproduktive BEISPIELE, woran es UNSERER STADTPOLITIK letzten Endes fehlt, erforderliche und konkrete Maßnahmen nicht nur zukunftsorientiert, sondern kurzfristig anzugehen und umzusetzen:

Regionale KLIMASCHUTZINITIATIVE „KLIMABÜNDNIS MITTELRHEIN – „2009“ ins Leben gerufen – eine dreiwöchige VERANSTALTUNGSREIHE im FEBRUAR 2010 – wiederholt WINTER 2010/2011 – Erstellung eines sogen. BIOMASTERPLANES – vielerlei Aktivitäten im Bereich ÖFFENTLICHKEITSARBEIT und INFORMATION – TEILNAHME an MESSEN (ENERGIE/UMWELT) – AKTIONSTAGE „In die Stadt ohne mein Auto – Woche der SONNE – SOLAR-BUNDESLIGA – PASSIVHAUSTAGE etc..

Im Bereich der „kommunalen Gebäude“ wurde zudem eine „halbe – ja richtig – eine halbe Stelle“ für das ENERGIEMANAGEMENT geschaffen.

Letzten Endes kam man dann jedoch zu dem Schluss, dass von „sieben Maßnahmen“ lediglich „eine“ umgesetzt wurde ... und ... es in den letzten Jahren NICHT gelang, „grundsätzlich relevante Entscheidungen für den KLIMASCHUTZ“ zu treffen – ein ARMUTSZEUGNISS.

Dieses wertet man dann politisch, wie kann es anders sein, wieder auf, in dem man sich selbst belügend, als Garant für eine „erfolgreiche“ Weiterführung den sogen. „ENERGIETISCH“ weiter fortsetzt – ein Gremium (von vielen ... überflüssigen?) für den kommunalen KLIMASCHUTZ in KOBLENZ, aus dem „regelmäßig“ NEUE IMPULSE kommen (sollen) ... was immer das heißt.

Es ist müßig und gleichzeitig ermüdend, auf all die „angedachten“ Maßnahmen UNSERER STADT einzugehen, Maßnahmen, die m.E. der SELBSTBEFRIEDIGUNG und BERUHIGUNG der STADTPOLITIK/VERWALTUNG dienen und natürlich als BERUHIGUNGSFAKTOR auch die BEVÖLKERUNG mit einbeziehen soll.

Alleine der ZIELSEKTOR „GEWERBE/INDUSTRIE“ – ERWEITERUNG GVZ/A61 – in seiner ganzen Komplexität steht im WIDERSPRUCH zu den Plänen der STADT für eine reale, glaubhafte KLIMASCHUTZPOLITIK.

Das INTEGRIERTE KLIMASCHUTZKONZEPT der STADT Koblenz – März 2011 – kommt dann letztendlich zu dem Ergebnis, dass man „in besonders aktiven Jahren“ (was immer damit gemeint ist) man hätte für KLIMASCHUTZMASSNAHMEN „pro Jahr 600 000 Euro“ ausgeben MÜSSEN ... ein Betrag, zu dem sich jeder Kommentar erübriggt (**Die Personalie HOFMANN-GÖTTIG hat die STADT mal gerade 700 000 + 130 000 EURO = 830 000 EURO gekostet**).

UNSERE STADT ist verstrickt im „NETZWERK der KLIMASCHUTZAKTEURE“ – kein neuer HISTORIENFILM – ein Netzwerk mit angeblich „ambitionierten“ Zielen, die man darin sieht, dass man z.B. CO₂-Emissionen senken und der Anteil Erneuerbarer ENERGIEN steigen soll.

Auch hierzu hat man ein „KLIMA-SZENARIO“ erstellt, obwohl man es ja seit Jahren buchstäblich vor der eigenen Haustüre hat.

Als schwammige Grundlage für ein Erreichen der erst einmal nur auf Papier existierenden Ziele gehören auch Worte wie: „... WIR möchten – WIR hoffen – WIR glauben – WIR sind optimistisch“.

Um seine ZIELE zu erreichen, ist man zumindest schon einmal zu dem Schluss gekommen, dass eine „Optimierung der POLITIK auf allen Ebenen“ erforderlich ist (das dürfte die POLITIK alleine schon herausfordern).

Es ist zwar nur ein Bruchteil der „HILFEN“, der sich die STADTPOLITIK bedient, in dem sie auf ein „kostenintensives FREMDWISSEN“ zurückgreift, vom STEUERZAHLER finanziert – FREMDWISSEN, dass sich anzueignen normalerweise Aufgabe des STADTRATES/der VERWALTUNG wäre, aber bedauerlicherweise NICHT wahrgenommen wird, weil der ZEITFAKTOR hierfür NICHT vorhanden ist oder man NICHT darauf zurück greifen will.

HIER einige der „HILFEN“ für KLIMA-/UMWELT-/NATURSCHUTZ, die spärliches EIGENWISSEN durch gekauftes FREMDWISSEN zu einem GESAMTWISSEN kompensieren könnten:

„PLÄNE“ der letzten 26 Jahre

MASTERPLAN

Monitoring (Beispiel neu 2018)

FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

RAUMORDNUNGSPLAN

LANDSCHAFTSPLAN

BEBAUUNGSPLAN (Beispiel 2001-2002/2017/18/19)

LUFTREINHALTEPLAN (Beispiel neu 2016-2020)

UMWELTVERTRÄGLICHKEITSSTUDIE (neu 30.08.2017)

LEITFADEN „Anforderungen an die Berücksichtigung klimarelevanter

Belange in kommunalen PLANUNGSPROZESSEN“ (2016)

STADTKLIMAUNTERSUCHUNG KOBLENZ (1994-1996)

STADT KOBLENZ „KLIMAGUTACHTEN“ – DIZ Bubenheim (2000)

STADT KOBLENZ „KLIMAGUTACHTEN“ (2003)

FACHGUTACHTEN Verkehrsprojekt „KLIMAUNTERSUCHUNG“ A61/L52 (1991)

Gutachterliche STELLUNGNAHME KLIMA/LUFT

Zum Bebauungsplan Stadt KOBLENZ (2018)

FLÄCHENUNTERSUCHUNG des Stadtgebietes KOBLENZ –

WINDENERGIE (10/2013)

„Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass sich diese „Literaturhinweise“ auf getroffene KLIMA-/UMWELT-/NATURSCHUTZ-Daten, fachliche Ergebnisse, Stellungnahmen, gutachterliche Feststellungen, örtliche Gegebenheiten betreffend STADTGEBIET KOBLENZ beziehen und nur einen „kleinen“ Teil dessen darstellen, was UNSERE STADT offensichtlich in Ermangelung eigener FACHKRÄFTE an STEUERGELDER in FREMDWISSEN investieren muss – OHNE Garantie für eine kurzfristige UMSETZUNG der empfohlenen Maßnahmen, weil man falsch „planungsorientiert“ diese solange hinauszögert, bis sich auf Grund einer Änderung der ursprünglichen Gegebenheiten und einer technischen Weiterentwicklung das empfohlene Maßnahmenpaket von selbst erübriggt hat, man auf neue externe kostenspielige FREMDWISSEN zurück greifen muss“.

Welche ANFORDERUNGEN auf Grund des KLIMAWANDELS und seiner FOLGEN an PLANUNGSVERFAHREN zu stellen sind, darüber ist sich UNSERE STADTPOLITIK offensichtlich immer noch nicht im Klaren, da sie es einmal ignoriert hat, sich „frühzeitig und proaktiv“ auf dem Weg zu einer klimagerechten STADTENTWICKLUNG auf die Folgen des KLIMAWANDELS und seiner Folgen einzustellen und nun auf Druck der Öffentlichkeit in eine Schockstarre verfällt, in der nichts anderes helfen soll, als einen KLIMANOTSTAND auszurufen, weil es andere schon getan haben und als Trittbrettfahrer der Bevölkerung zeigen will: „WIR tun etwas“.

Wenn man ehrlich wäre, dann würde man endlich zugeben, dass man seine Prioritäten anderweitig auf Dinge gesetzt hat (die sich unter dem Strich sogar negativ in ihrer Ausführung auf KLIMA-/UMWELTSCHUTZ ausgewirkt haben), die durch starres, falsches Zukunftsdenken negative Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen der Bevölkerung hatten und haben, weil mit getroffenen umstrittenen Entscheidungen der „VERGNÜGUNGS- und angebliche WOHLFÜHLFAKTOR sowie wirtschaftliche Interessen“ in den FOKUS gestellt wurden.

KLIMA- und UMWELTSCHUTZ hatten/haben da offensichtlich KEINEN Platz.

Das Problem: „ POLITIK und VERWALTUNG (wie in UNSERER STADT) fühlen sich NICHT direkt betroffen – der KLIMASCHUTZ/WANDEL ist für sie ein Problem ... das ANDERE haben“.

Es gab und gibt seit JAHRZEHNTEN „gute und fachliche, extern erarbeitete GRUNDLAGEN“ zum lokalen KLIMA und dessen Veränderungen, die eine Auseinandersetzung mit den lokalen Folgen hätten „frühzeitig“ anstoßen können.

Dass dies NICHT wahrgenommen wurde, bleibt wohl alleine der Denkungsweise der STADTPOLITIK überlassen, für die KLIMA-/UMWELTSCHUTZ lediglich „ein Thema unter vielen“ war (scheinbar noch ist)

und bei der entsprechende Schlüsselpersonen und Motivatoren (bis dato) Mangelware sind.

Ich habe das Gefühl, dass so manches RATSMITGLIED auf Grund seiner mehr als erschöpften Mitgliedschaft einfach nur noch seine Daseinsberechtigung im Rat haben will, seine Vorzüge, seine Selbstbestätigung und nur noch seinen Status, sein vermeintlich gutes Ansehen im politischen Umfeld, in der Bevölkerung genießen möchte und seine politische Tätigkeit auch danach ausrichtet.

Politische Personen, die offensichtlich „aktive“ Auseinandersetzungen mit einem „eigenen Bezug“ zu Themen in „allen“ Fachbereichen, die ein politisches Amt nun einmal mit sich bringt, scheuen und vermissen lassen, sollten so ehrlich sein und Charakterstärke zeigen (auch wenn es schwerfällt) und ganz einfach ihren HUT nehmen.

Machen sie es nicht, dann sind sie als „Extremereignis“ eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Leib und Leben, das GEMEINWOHL, die LEBENSGRUNDLAGEN der ihnen anvertrauten Bevölkerung.

Das Erfordernis/das notwendige WISSEN für eine erfolgreiche und reale POLITIK in Sachen KLIMA-/UMWELTSCHUTZ müsste der STADTPOLITIK wünschenswerter Weise klar sein:

Relevante Faktoren zur Anpassung an den KLIMAWANDEL

Spezifische KENNTNISSE zum STADTKLIMA

Effekte und mögliche technische, soziale und ökologische Folgen des KLIMAWANDELS

Handlungsrelevante Ansatzpunkte u. Möglichkeiten für die VERWALTUNG UNTERSCHIEDE und Synergien in den Ansätzen von KLIMASCHUTZ und Anpassung an den KLIMAWANDEL.

Zu lesen war vor kurzem, dass ein „allgemeines GRUNDWISSEN“ über den KLIMAWANDEL und seine Folgen in UNSERER STADTPOLITIK inzwischen „relativ“ verbreitet sei.

Daran habe ich meine ZWEIFEL, weil ich weiß, dass aus ZEITGRÜNDEN eine „fachliche Aufbereitung“ erarbeitender externer, fachlicher Unterlagen, die für eine konkrete Umsetzung von Maßnahmen erforderlich wäre, NICHT vorhanden ist.

Die erforderlichen, externen Analyseschritte werden nicht selten, ausgehend von 50-80 seitigen fachlichen Ausführungen, 1 bzw.2-seitig zu einem Fazit zusammengefasst, die politische Entscheidungsträger für sich als richtig in Anspruch nehmen, ohne sich letzten Endes von der Richtigkeit selbst überzeugt zu haben – eine in der Folge unbestimmte und umstrittene Entscheidungspolitik, deren Ausgang „gut oder schlecht“ letzten Endes die Bevölkerung auszubaden hat.

Das politische Argument „Neue Themen brauchen ZEIT“ hinkt schon deswegen, weil ZEIT ja angeblich NICHT vorhanden ist.

Den ZEITHORIZONT, den sich UNSERE STADTPOLITIK für die Umsetzung von „geplanten Maßnahmen“ in der Regel setzt/gesetzt hat, geht über kurz-, mittelfristig weit hinaus und etabliert sich meist bei „Langfristig“, ein Zeitraum, den wir uns an und für sich aufgrund Jahrzehntelanger Versäumnisse und des Ignorierens NICHT mehr leisten können.

Die Hoffnung, das sich daran etwas zum positiven hin ändern wird, stirbt bekanntlich zuletzt, dürfte aber letzten Endes auch nur noch als ein politisches Pseudonym anzusehen sein.

Gez. Jürgen Müller – 05.August 2019

